Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

# Gemeindekongress 2022

*Kommunen. Zukunft. NRW.*

# Eröffnungsrede des Präsidenten

*Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer*

**23.**

**Mitgliederversammlung**

des Städte- und Gemeindebundes NRW

am 14.06.2022 in der Stadthalle Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrter Herr Ehrenpräsident, lieber Roland Schäfer,
sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,
liebe Gäste,

ich hoffe, es geht Ihnen gut und Sie sind mit Neugier und Lust auf guten Austausch und interessante Begegnungen zu unserem diesjährigen Gemeindekongress gekommen. Schön, dass ich die kommunale Familie zum ersten Mal seit 2017 in diesem Format begrüßen darf! Ausdrücklich in den Gruß mitaufnehmen möchte ich alle Kooperationspartner, Freunde sowie Begleiterinnen und Begleiter aus den vergangenen Jahren. Damit meine ich

- die früheren und aktuellen Abgeordneten aus Bundestag und Landtag, ein nachträglicher Glückwunsch zum Wahlerfolg inklusive;
- die trotz aller Unterschiede bei uns immer gern gesehenen Schwesterverbände Städtetag NRW und Landkreistag NRW;
- unseren Besuch aus Österreich: Dr. Martin Ozimic, den Landesgeschäftsführer des Gemeindebundes Steiermark;
- die Vertreterinnen und Vertreter der Interessenverbände;

- sowie alle uns wieder freundlich gesonnenen Sponsoren und Aussteller, die auf der Begleitmesse interessante Angebote für Sie bereithalten.

Meine Damen und Herren, wie schön, dass Sie alle hier sind. Aber ich hätte mir gewünscht, dass wir uns unter besseren Vorzeichen wiedersehen.

Krieg. Corona. Klima. Im vergangenen Sommer die Jahrhundertflut. Eine derartige Überlappung von Krisen, die sich gegenseitig verstärken, haben wir uns bei unserer letzten Mitgliederversammlung nicht ansatzweise vorstellen können. Und stehen jetzt vor Herausforderungen bisher unbekannten Ausmaßes.

Nun sind wir hier, um uns mit den Auswirkungen dieser Krisen auf die Städte und Gemeinden zu befassen. Den Auswirkungen und auch möglichen Lösungen und Perspektiven. Wir sind hier, weil wir für unsere Kommunen gestalten, planen und an einer guten Zukunft bauen wollen. Darum geht es, allen Krisen zum Trotz. Darum sind Sie hier!

Das Motto unseres Gemeindekongresses 2022 lautet

„Kommunen. Zukunft. NRW.“

Meine Damen und Herren, wir haben ein strammes Programm vor uns. Nicht alles, was wichtig ist, kann heute erschöpfend behandelt werden. Aber zumindest für ein Thema werden wir uns am Nachmittag etwas mehr Zeit nehmen: In unserer Podiumsdiskussion werden wir mit ausgewählten Gästen über die Energiewende sprechen, ein Thema, das wie nur wie wenige andere für Zukunft steht.

Der eine oder die andere könnte jetzt stutzig geworden sein. Im Programmheft ist noch eine Diskussion mit den Vorsitzenden aller fünf Landtagsfraktionen angekündigt. Leider sind uns aber mit dem Beginn der Koalitionsverhandlungen kurzfristige Absagen ins Haus geflattert. Das hat in der Geschäftsstelle keine Jubelstürme ausgelöst. Aber Sie wissen ja, die Kommunen sind flexibel. Wir haben schnell umgeplant und ich freue mich auf eine ebenfalls attraktive Runde und sicher eine ähnlich intensive Diskussion.

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste. Lassen Sie mich in den wenigen Minuten Redezeit, die mir vergönnt sind, die Dinge ansprechen, die die Kommunen in dieser Zeit ganz besonders beschäftigen. Seit Wochen, ja leider schon Monaten, ist das vor allem der Krieg in der Ukraine. Seine Auswirkungen sind überall zu spüren. An den Tankstellen und im Supermarkt, in der Industrie, auf dem Bau und natürlich auch in der Kommunalverwaltung.

Meine Damen und Herren, die Lage ist bitterernst und sie erschüttert das Land in seinen Grundfesten. Ich will das Unheil nicht beschwören. Aber wir müssen davon ausgehen, dass wir uns erst am Anfang der Krise befinden. Wenn nicht in der Ukraine ein Wunder geschieht.

Die Stimmung im Land ist in diesen Tagen recht eigentümlich. Das 9-Euro-Ticket sorgt bei manchen für Stimmung. Wenn auch nicht unbedingt auf Sylt und bei den Verkehrsbetreibern. Ich registriere aber auch viel Frust und Ärger und manchmal auch Verzweiflung. Weil das Geld vorne und hinten nicht reicht. Weil Energie empfindlich teuer geworden ist. Und weil es an Perspektiven mangelt.

Über all dem liegt wie Mehltau die Unsicherheit. Die Ungewissheit, wie es weitergeht. Die steigenden Preise entwickeln sich zur breiten sozialen Frage. Sie treffen vor allem die Schwachen. Und es ist absehbar, dass es bei anhaltender Entwicklung immer mehr Konflikte geben wird. Wenn die Miete nicht mehr bezahlt werden kann. Wenn Mobilität wieder eine Frage des Geldbeutels wird. Wenn die Inflation das Heizen und den Einkauf im Supermarkt zum Luxusgut macht. All diese Fragen stellen sich zunehmend für viele Menschen, all diese Konflikte kommen auf uns zu. Und sie werden sich entladen bei uns in den Städten und Gemeinden.

Ich meine, wir sind gut beraten, vor allem die im Blick zu behalten, die besonders hart getroffen sind. Sie brauchen unsere Unterstützung. Denn der Druck dieser Krise hat das Zeug, Risse in unserer Gesellschaft zu erzeugen und zu vertiefen. Wohin das führen kann, wissen wir. Schauen Sie kurz ins Ausland, den Siegeszug der Populisten, die tiefe Spaltung von Gesellschaften. In den kommenden Monaten und womöglich Jahren wird es mehr denn je auch um den sozialen Zusammenhalt gehen. Davor warnen nicht nur Idealisten. Sondern inzwischen auch namhafte Ökonomen.

Es geht mir nicht darum, Probleme mit Geld zuzuschütten, so wie das in den vergangenen Jahren viel zu viele viel zu oft getan haben. Aber natürlich werden wir streiten müssen. Über Prioritäten. Und wofür wir Geld ausgeben wollen und wieviel. Für Klimaschutz, den Umbau der Schulen, für Digitalisierung, für soziale Hilfen und / oder den Verteidigungshaushalt. Ich sage Ihnen: Streit über die Finanzierung der gewaltigen Zukunftsaufgaben, vor denen wir stehen, wird uns über die nächsten Jahrzehnte verlässlich begleiten. Da muss man kein Prophet sein.

Neben der Inflation und der alles überlagernden Unsicherheit trifft uns ein weiterer Effekt des Krieges, der inzwischen ein wenig aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Die Rede ist von Flucht und Vertreibung. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer

haben ihr Land verlassen, um Schutz zu suchen. Viele sind nach Deutschland gekommen. Bis zum 5. Juni sind 828.126 von ihnen offiziell erfasst worden. 159.662 von ihnen in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Geflüchteten, die bislang noch nicht erfasst sind.

Vor allem in den ersten Wochen im März hat das den Städten und Gemeinden alles abverlangt, weil die Flüchtlingsbewegung ungesteuert war und in nur wenigen Tagen Tausende zu uns kamen. Als Städte- und Gemeindebund konnten wir aber zusammen mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden rasch erreichen, dass das Land zum Aufbau der so genannten Puffereinrichtungen überging. Das war ein wichtiger Schritt.

In diesen Einrichtungen können die Geflüchteten deutlich effizienter registriert und erstuntersucht werden. Vor allem ist nun eine gleichmäßige Verteilung nach dem FlüAG-Schlüssel möglich. So ist gewährleistet, dass einzelne Kommunen nicht überfordert werden.

Mit dem Szenario der Jahre 2015 und 2016 ist die aktuelle Fluchtbewegung nur teilweise vergleichbar. Es unterscheiden sich nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch die persönlichen Merkmale der zu uns kommenden Menschen sind andere. Etwa 70 % sind weiblich und ca. 40 % der Geflüchteten sind jünger als 18 Jahre. Für die Aufnahme bringt das noch

einmal besondere Anforderungen mit sich, etwa für Bildungs- und Betreuungsangebote oder den Arbeitsmarkt.

Fest steht: Das alles kostet Geld. Und machen wir uns nichts vor – die Rede ist von sehr viel Geld. Die Städte und Gemeinden können die Folgen dieser globalen Krise unmöglich eigenständig finanzieren.

Zumindest für 2022 ist ein Anfang gemacht: Bund und Länder haben sich darauf verständigt, zwei Milliarden Euro für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten zur Verfügung zu stellen. Anders als in vielen anderen Bundesländern haben wir gemeinsam erreichen können, dass das Land die auf NRW entfallenden 430 Millionen Euro vollständig an die Kommunen weitergibt. Das ist erstmal sehr gut und das muss man anerkennen!

Auch das Verteilungsverfahren innerhalb der kommunalen Familie ist relativ pragmatisch geregelt worden. Ich will keinen Hehl daraus machen, dass uns die vollständige Weiterleitung an die gemeindliche Ebene lieber gewesen wäre. Nun erhalten auch die Kreise einen Anteil.

Ich habe zwar nicht den Hauch einer Idee, wo auf Kreisebene Geflüchtete versorgt und untergebracht worden sein sollen. Ich bitte Sie aber um eines: Behalten Sie das auf der Rechnung,

wenn die nächsten Kreishaushalte aufgestellt werden. Dann nämlich sollten die Bundesgelder zur Senkung der Umlage eingesetzt werden. Tun Sie mir den Gefallen und werfen Sie bei den Beteiligungsverfahren ein kritisches Auge darauf.

Sie sehen: Der Krieg löst neue Dynamiken aus. Zum Teil beschleunigt er aber auch Vorhaben, die längst auf der Agenda standen. Das gilt natürlich in ganz besonderem Ausmaß für die Energiepolitik.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat es treffend zugespitzt: „Die Souveränität der Energieversorgung ist eine Frage der nationalen Sicherheit geworden.“ Genauso ist es. Wenn es noch weitere zwingende Argumente für die Energiewende gebraucht hätte, dann liegen sie jetzt vor.

Über die Ziele sind wir uns einig. Um Kurs zu halten, müssen Bund und Land aber nachsteuern. Die Kommunen brauchen bessere Instrumente, um die Wende vor Ort umsetzen zu können. Diese Fragen werden wir am Nachmittag mit Hingabe vertiefen. Ich freue mich sehr auf die Diskussion.

Ich komme zu einem weiteren, nicht minder wichtigen Thema. Im Bereich „Wohnen, Bauen, Planen und Beschaffen“ machen sich ebenfalls die Klimakrise und der Ukrainekrieg bemerkbar. Schon vor Beginn des Krieges war Wohnraum knapp und teuer.

Nun wird die Lage durch die vielen aus der Ukraine gekommenen Menschen noch weiter verschärft.

Die Aufgabe lautet: Wir brauchen in NRW bezahlbaren, barrierefreien und klimaneutral gebauten oder sanierten Wohnraum! Und dies trotz der astronomisch gestiegenen und weiter steigenden Baukosten.

Das Land hat im vergangenen Jahr den Bau von 5.200 Sozialwohnungen gefördert. Das sind so viele, wie zur gleichen Zeit aus der Mietpreisbindung herausgefallen sind. Sie alle wissen, und auch die Landesregierung weiß: Das reicht nicht aus, um dem Bedarf gerecht zu werden.

Es führt kein Weg daran vorbei: Wir brauchen einen stärkeren Zuwachs im sozialen Wohnungsbau. Und das bedeutet, dass das Land viel Geld in die Hand nehmen muss. Wir sprechen hier über erheblich mehr als die jährlichen Mittel von 1,1 Milliarden Euro.

Weil die Kosten so durch die Decke gehen, wird sich die Landesförderung zudem noch stärker mit dem Sanieren im Bestand befassen müssen: Sie ist mit rund 1.200 Euro je Quadratmeter deutlich günstiger als der Neubau. Und der Bestand wartet geradezu darauf. In einigen Regionen von NRW haben wir aufgrund der demographischen Entwicklung einen

Zuwachs an Leerständen. Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose werden wir bis zum Jahr 2050 landesweit etwa 1,7 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner verlieren.

Auch aus Sicht des Klimaschutzes wäre eine solche Neuausrichtung sinnvoll. Denn Millionen Wohngebäude in NRW sind bislang gar nicht oder nur unzureichend saniert.

Eine Trendwende wird aber nur gelingen, wenn der freie Wohnungsmarkt mitmacht. Und dafür braucht es eine attraktive Förderung durch KfW und BAFA. Nur durch finanzielle Anreize wird es gelingen, unsanierte Altbauten und von Leerstand bedrohte Gebäude klimagerecht und barrierearm zu sanieren und für den Wohnungsmarkt zu ertüchtigen.

Zur Förderpolitik gehört auch Verlässlichkeit: Einen unangekündigten Bewilligungsstopp, wie am 24. Januar für die KfW-Gebäudeförderung, schreckt Bürgerinnen und Bürger, Wohnungsunternehmen und Kommunen nur von Investitionen ab! Wir brauchen die Bundesförderung für effiziente Gebäude weiterhin als attraktive Förderkulisse!

Die Förderung muss berücksichtigen, dass sich die Bedingungen bei den Preisen, bei der Anzahl der Bietenden und bei der zeitlichen Ausführung von Baumaßnahmen

dramatisch verschlechtert haben. Die Kommunen bekommen das bei ihren Baumaßnahmen aktuell schmerzhaft zu spüren.

Zwar hat unser MHKBG bei der letzten Überarbeitung Vergabeerleichterungen für den Unterschwellenbereich geschaffen. Hervorzuheben sind etwa die großzügigen Wertgrenzen bei Direktvergaben, die bei Bau-, Liefer-, Dienst- und freiberuflichen Leistungen einheitlich bei 25.000 € liegen. Hier hat NRW sicher im Vergleich zu anderen Bundesländern eine Vorreiterrolle. Das ist gut und wichtig.

Aktuell hilft uns das aber nicht wirklich weiter. Denn das Vergaberecht setzt eine verlässliche Marktlage mit einer vorhersehbaren Preisentwicklung voraus. Aufgrund der Kriegssituation ist zurzeit aber weder das eine noch das andere gegeben. Dies führt dazu, dass teilweise gar keine Angebote mehr abgeben werden. Wir setzen uns daher gegenüber der Landesregierung dafür ein, dass in dieser besonderen Lage die Vergabe weiterhin vereinfacht werden muss.

Auch bei den Förderprogrammen sollte das Land nachbessern, wenn wir im Bau vorankommen wollen. Die Firmen teilen uns inzwischen regelmäßig während der laufenden Baumaßnahmen mit, dass es wegen des Krieges und der Sanktionen zu massiven Lieferengpässen und deutlichen Preissteigerungen kommt. Das wirft jede Kalkulation über den Haufen. Darum die

dringende Bitte: Förderverfahren entbürokratisieren und vereinfachen. Das brächte uns zumindest mehr Spielräume.

Als hilfreich erweisen werden sich sicher auch die Änderungen durch das Baulandmobilisierungsgesetz. Wir haben hier zahlreiche Verbesserungen für die Städte und Gemeinden durchsetzen können.

Die Kommunen können nun auf neue Instrumente zugreifen, zum Beispiel ein erweitertes Vorkaufsrecht oder eine erleichterte Befreiung von Bebauungsplänen. Allerdings stehen die Instrumente nur zur Verfügung, wenn ein angespannter Wohnungsmarkt gegeben ist. Und darüber entscheidet das Land.

Wir erwarten darum, dass die neue Landesregierung die notwendige Verordnung bald erlassen und unseren Vorschlag zur Bestimmung einer großzügigen Gebietskulisse aufgreift. Wenn viele Kommunen die städtebaulichen Instrumente einsetzen können, ist auch dem Wohnungsmarkt geholfen!

Als Gestalter sind die Kommunen mehr denn je gefordert. Auch in den Ortskernen und Zentren vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel. Die Corona-Krise und der daraus resultierte Boom des Online-Handels haben den Umbruch massiv beschleunigt. Der stationäre Einzelhandel steht mit dem Rücken zur Wand.

Wir wollen und wir müssen die Innenstädte neu denken. Vielleicht erinnert sich die eine oder der andere: Beim Hauptausschuss im vergangenen Jahr haben wir bereits intensiv diskutiert, wie das aussehen kann. Und wie wir Zentren wiederbeleben als Orte für Handel, für Gastronomie, Dienstleistungen, Kultur, Bildung, Tourismus und Begegnung. Und natürlich wird dabei auch das Wohnen ein neues Gewicht erlangen.

Bei diesem Prozess hat das Land die Städte und Gemeinden mithilfe des Sofortprogramms „Zukunft Innenstadt“ vorbildlich unterstützt – es war eine Blaupause für den Bund. Wir haben das Land als Kommunen schon oft scharf kritisiert, aber in diesem Fall muss man es auch mal loben.

Herr Ministerpräsident, bitte nehmen Sie das mit! Dieses Lob muss und soll kein Einzelfall bleiben. Sie haben alle Möglichkeiten, direkt wieder bei uns zu punkten. Ein guter Ansatz dafür wäre zum Beispiel, das Innenstadt-Programm zu verstetigen und weiterzuentwickeln. Denn beim Umbau der Zentren stehen wir erst am Anfang des Weges, das ist kein Geheimnis.

Meine Damen und Herren, beim Städte- und Gemeindebund setzen wir uns nicht nur bei dem Herrn Ministerpräsidenten

dafür ein, dass Sie vor Ort gestalten können. Bitte erlauben Sie mir an dieser Stelle auch den Hinweis auf die Unterstützung unserer Kommunal Agentur. Wenn die Förderkulissen einem Irrgarten gleichen, bieten die Kolleginnen und Kollegen Ihnen fachkompetente Beratung bei der Suche nach dem passenden Fördertopf und der richtigen Antragstellung.

Dass unsere KommunalAgentur diese Lotsenfunktion mit dem vor drei Jahren aufgebauten Fachnetzwerk Fördermittelakquise vorbildlich leistet, zeigt die diesjährige Förderung durch das MHKBG. Die 500.000 Euro sind unserem Tochterunternehmen Ansporn, den jetzt schon beeindruckenden Mitgliederstand von 141 Städten und Gemeinden – es sind auch kreisfreie Städte dabei – weiter auszubauen.

Meine Empfehlung an alle, deren Kommune noch nicht Mitglied ist: Statten Sie doch gleich in der Pause auch dem Stand der KommunalAgentur einen Besuch ab. Ich kann Ihnen versichern: Es lohnt sich!

Machen wir hier einen Schnitt. Und kommen zu einem weiteren wichtigen Thema. Auch hier geht es ums Geld und im Grunde geht es ums große Ganze. Ich spreche von den Kommunalfinanzen.

Sie alle wissen: Die Finanzen sind Dreh- und Angelpunkt, sie sind Grundlage der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Egal ob wir von Digitalisierung reden, Mobilitätswende, Klimaschutz, einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung oder der Versorgung von Flüchtlingen. Es läuft immer darauf hinaus: All das braucht finanzielle Mittel, wenn es nicht Stückwerk bleiben soll.

Der Politikbetrieb in Berlin verweist dieser Tage gerne auf eine Meldung des Statistischen Bundesamtes: Danach hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland im Jahr 2021 einen Finanzierungsüberschuss von rund 4,6 Milliarden Euro zu verbuchen.

Das klingt doch erst einmal nach Entwarnung. Aber wehe, man steigt tiefer in die Materie ein. Dann folgt die Ernüchterung auf dem Fuße. Denn: Der positive Saldo verteilt sich keineswegs gleichmäßig. Die Hälfte entfällt auf die Kommunen in Baden-Württemberg und eine weitere Milliarde vor allem auf eine einzige Stadt: Mainz – BioNTech sei Dank!

Der einen Milliarde aus Mainz haben die Kommunen aus NRW insgesamt einen positiven Saldo von rund 350 Millionen Euro entgegenzusetzen. Grund ist die Gewerbesteuer. 2021 hat sie sich nach dem pandemiebedingten Einbruch wieder erholt.

Bundesweit gesehen ist der Finanzierungssaldo allerdings – Sie ahnen es wahrscheinlich – unterdurchschnittlich.

Meine Damen und Herren, entscheidend für die Bewertung der Zahlen ist in meinen Augen etwas ganz anderes. Die Statistik betrachtet nur Einzahlungen und Auszahlungen. Entscheidend ist aber doch, was die Kommunen eigentlich ausgeben müssten! Was erforderlich ist, wenn wir ernsthaft Zukunft gestalten wollen.

Was das angeht, fallen wir leider immer weiter zurück. Das jüngste Kommunalpanel hat dazu eine schwindelerregende Zahl zu Tage befördert. 159,4 Milliarden Euro. Ich wiederhole: 159,4 Milliarden Euro sind es, die der kommunale Investitionsstau in Deutschland mittlerweile beträgt. Lassen Sie das ruhig mal sacken. 159,4mal BioNTech! Oder nehmen Sie zum Vergleich den Landeshaushalt für NRW. 2021 umfasste er 87,5 Milliarden Euro, also etwas mehr als die Hälfte.

Gleichzeitig sprechen wir mit voller Überzeugung von der notwendigen Transformation in eine klimaneutrale, digitale und bildungsaffine Gesellschaft. Das sind große Zukunftspläne. Und um sie anzugehen, bräuchten die Kommunen als die wichtigsten Macher vor Ort verlässliche, zusätzliche Finanzmittel und Planungssicherheit.

Die Wirklichkeit ist eine andere. Die kommunalen Haushalte leiden unter der unglückseligen Kombination bereits eingetretener und drohender Steuerverluste auf der einen und Kostensteigerungen in beinahe allen Bereichen auf der anderen Seite.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognosen für die Inflation nach oben und für das Bruttoinlandsprodukt nach unten korrigiert. Sie gehen – je nach Szenario - von einem Einbruch der Wirtschaftsleistung bis hin zur Rezession aus. In den Städten und Gemeinden ist das bereits zu spüren. Erste Unternehmen haben Anträge auf Herabsetzung der Steuervorauszahlungen gestellt.

Zum Thema Kommunalfinanzen gehören weitere Herausforderungen. Zum Beispiel die Grundsteuerreform. Nach Jahren der Diskussion ist jetzt klar: NRW setzt wie die Mehrzahl der Länder das sogenannte Bundesmodell um und kommt in der Folge ohne eigene gesetzliche Regelungen aus.

Dennoch bleibt viel zu tun. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Kommunen ab 2025 nur noch auf Basis des neuen Rechts besteuern dürfen. Damit das rechtzeitig funktioniert, müssen die Finanzämter allein in NRW rund 6,5 Millionen Einheiten neu bewerten und entsprechende Messbescheide erstellen. Das wird ein Kraftakt!

Die Finanzverwaltung hat uns zugesagt, die Sache mit Hochdruck voranzutreiben. Das muss sie auch. Denn wenn sich in den Kommunen im Jahr 2025 Einnahmelücken auftun, haben wir ein großes Problem. Das Land weiß, dass es dafür in der Verantwortung steht.

Aber auch wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Die Reform ist insbesondere für die kommunale Familie eine kommunikative Herausforderung. Am Ende werden WIR es sein, die den Bürgern erklären müssen, warum die Grundsteuer so wichtig ist, warum sie ggf. mehr Steuern zahlen als früher – und warum die Gemeinde darauf gar keinen Einfluss hatte, sofern sie einen aufkommensneutralen Hebesatz wählt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, diese Herausforderung anzunehmen und aktiv zu gestalten. Das nützt Ihnen genauso wie den Bürgerinnen und Bürgern. Und selbstverständlich ist uns allen klar, dass 2025 auch noch Kommunalwahlen anstehen.

Nach diesem Exkurs ins Steuerrecht möchte ich noch einmal zurückkommen auf diese monströse Zahl von 159,4 Milliarden Euro, die wir bei den Investitionen im Hintertreffen liegen.

Ich würde mit Ihnen gerne einmal an einigen Beispielen festmachen, wo Kommunen einerseits zwar mit großen Aufgaben konfrontiert sind, andererseits aber die Finanzierung auf wackeligen Füßen steht. Damit wir wissen, worüber wir eigentlich sprechen, wenn es an die Umsetzung geht.

Drei Bereiche möchte ich mit Ihnen in gebotener Kürze durchgehen. Wo stehen wir bei der Digitalisierung? Wo bei der Mobilitätswende? Und wo beim Umbau der Schulen zu modernen Bildungseinrichtungen?

Punkt 1: Digitalisierung. Für die Kommunen heißt Digitalisierung zur Zeit vor allem: Sie müssen das Onlinezugangsgesetz umsetzen, das OZG. Bis zum Ende dieses Jahres soll das erledigt sein. Das heißt, alle Verwaltungsleistungen müssen auch digital angeboten werden.

Das ist sportlich und eine enorme Herausforderung. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir im Laufe dieses Jahres noch viele Fortschritte machen. Für etliche Verwaltungsleistungen liegen mittlerweile OZG-Angebote vor, auch das Kommunalportal wird mehr und mehr mit Leben gefüllt.

Wie Sie wissen, reicht die Digitalisierung weit über das OZG hinaus. Während der Corona-Pandemie sind digitale Sitzungen populär geworden. Als Option für solche besonderen Lagen hat

sich das Digitalformat durchaus bewährt. Erst vor wenigen Wochen hat die Landesregierung die Gemeindeordnung entsprechend geändert. In Ausnahmefällen wie einer Pandemie oder bei Naturkatastrophen dürfen Ratssitzungen künftig digital stattfinden.

Für die Kommunen bedeutet die Einführung digitaler und hybrider Sitzungen erheblichen Aufwand, auch wenn sie nur als Ausnahme gedacht sind. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, wird großen Zeit- und Kosteneinsatz erfordern. Weder sind die technischen Ausstattungen aktuell verfügbar noch können sie kurzfristig von den Fachfirmen installiert werden.

Hier zeigt sich abermals: Digitalisierung ist eine Daueraufgabe, die Zeit beansprucht und auch mehr Geld kostet. Bitte entschuldigen Sie, wenn ich mich wiederhole!

Kommen wir zum zweiten Beispiel, der Mobilitätswende.

Meine Damen und Herren, die Mobilitätswende ist eine der bedeutendsten Herausforderungen im Klimaschutz. Auch deswegen haben wir uns um ein Grußwort des Herrn Bundesverkehrsministers Dr. Volker Wissing bemüht. Ich freue mich darüber, dass er in knapp einer Stunde per Videoschaltung zu uns sprechen wird.

Fakt ist, dass wir die CO2-Emissionen im Verkehrssektor in knapp zehn Jahren um fast die Hälfte reduzieren müssen, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen. Gelingen kann das nur, wenn wir in saubere Fahrzeuge investieren.

Positiv zu werten ist, dass die Elektromobilität bei der Zahl der Neuzulassungen einen enormen Boom erfährt. Über den Erfolg der Elektromobilität entscheidet aber nicht allein die Zahl der Neuzulassungen. Sondern auch die Ladeinfrastruktur in den Städten und Gemeinden.

Auch hier brauchen wir schnell Fortschritte. Wir müssen bedarfsorientiert ausbauen. Und dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Das heißt konkret: Wir brauchen kluge Ladeinfrastrukturkonzepte und mehr Zusammenarbeit von Wohnungswirtschaft, Handel und Arbeitgebern, denn wir müssen das öffentliche, halböffentliche und private Laden koordinieren und ausbauen. Und zwar mit einer maßgeblichen Unterstützung der Landesseite.

Wir brauchen außerdem eine Landesförderung für das Elektromobilitätsmanagement, ähnlich wie beim Fachpersonal für den Klimaschutz.

Klar ist aber auch – und es ist mir wichtig das zu betonen: Öffentliches Laden im Straßenraum wird schon allein wegen der Flächenknappheit nicht ausreichen, um den steigenden Bedarf zu decken. Wir brauchen vor allen Dingen deutlich mehr halböffentliche und private Ladepunkte.

Ende des vergangenen Jahres hat der Landtag das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz NRW verabschiedet. 25 Prozent der Wege sollen mit dem Fahrrad zurückgelegt werden! Derzeit sind es im Landesdurchschnitt nur etwa elf Prozent, mit starken regionalen Schwankungen.

Auch insoweit ist es wichtig, dass konkrete Unterstützungsangebote für die Kommunen implementiert werden. Bitte lassen Sie mich kurz vier Punkte hervorheben:

1. Fachexpertise – wir benötigen einen Planungspool NRW, um Radverkehrsanlagen schnell planen und bauen zu können;

2. Bürgerbeteiligung – die Etablierung überzeugender Moderationsverfahren in den Kommunen kann bei Straßenumbaumaßnahmen hilfreich sein;

3. Parken – alternative Parkraumkonzepte und die modellweise Erprobung von Quartiersgaragen werden Erfolge bringen;

4. auskömmliche Finanzierung – das Land sollte deutlich mehr Geld für den Rad- und Fußverkehr bereitstellen. Nur zum Vergleich: In Deutschland werden zwischen zwei und sieben Euro pro Kopf jährlich für den Radverkehr ausgegeben. In niederländischen Städten sind es häufig weit über 100 Euro!

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Mit der Mobilitätswende liegt noch eine gewaltige Menge Arbeit vor uns. Aber die Dynamik ist da. Wenn Bund und Land ihren Beitrag leisten, werden wir gemeinsam vorankommen.

Bleibt noch das dritte Thema, nämlich die Schule. Und ich kann Ihnen schon an dieser Stelle sagen: In kaum einem anderen Bereich wird die Diskrepanz zwischen Wort und Tat so deutlich wie hier.

Corona hat aufgezeigt, wie viel es bei der Digitalisierung noch zu tun gibt. Aber auch, wie viel schiefläuft, wenn Bund und Land meinen, sie könnten mit einem dicken Förderprogramm wie dem Digitalpakt ausbügeln, was über Jahre vernachlässigt wurde.

Die Städte und Gemeinden wehren sich nicht gegen Fortschritt. Der aber muss im Schulbereich durch deutliche pädagogische Setzungen unterlegt sein. Wenn das der Fall ist, wehren sich die Städte und Gemeinden auch nicht gegen Geld. Allerdings

brauchen große Zukunftsaufgaben wie die Schuldigitalisierung eine verstetigte, verlässliche und vor allem auskömmliche Finanzierung. Weitere Förderprogramme sind keine Lösung!

Wir werben daher schon seit Jahren für eine grundlegende Neuordnung des Systems der Schulfinanzierung insgesamt. Für ein System, das die neuen Aufgaben von Schule mitdenkt und ihnen durch eine verlässliche Finanzierung die Wertigkeit gibt, die sie verdienen.

Im Grundsatz sind sich alle einig, dass Schule inzwischen weitaus mehr Aufgaben abdeckt als nur den Unterricht am Vormittag. Schule muss mittlerweile auch Digitalisierung, Sozialarbeit, Integration, Inklusion, modernen Schulbau und nicht zuletzt den Rechtsanspruch auf Ganztag organisieren.

Meine Damen und Herren, diese Anforderungen müssen sich auch in der Schulfinanzierung wiederfinden. Allein für den Ganztag müssen wir in NRW mit ungedeckten zusätzlichen Belastungen von einer Milliarde für den Ausbau und jeweils einer weiteren Milliarde Euro jährlich für die Unterhaltung rechnen. Das ist Geld, das die Kommunen nicht haben.
Und in dieser doppelten NRW-Milliarde sind die Kosten für die Schuldigitalisierung noch gar nicht mit drin. Nach den Zahlen der Bertelsmann Stiftung ist insoweit mit einer jährlichen Belastung in Höhe von einer weiteren Milliarde zu rechnen. So

wird aus der doppelten die dreifache NRW-Milliarde! Wie soll das ohne tiefgreifende Veränderung der Finanzierungsstruktur funktionieren?

Mit der Forderung nach einer Reform der Schulfinanzierung sind wir bei der Landespolitik leider lange auf taube Ohren gestoßen. Umso erfreulicher ist es, dass das Thema nun endlich Eingang gefunden hat in mehrere Wahlprogramme zur Landtagswahl. Jetzt müssen den Worten Taten folgen. Ich bin sehr gespannt!

Verehrte Damen und Herren, damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich bitte um Nachsicht für die manchmal etwas holzschnittartigen Skizzen, aber die Geschäftsstelle war bei der Redezeit unerbittlich.

Dennoch möchte ich nicht das Podium verlassen, bevor ich nicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um unseren Hauptgeschäftsführer Christof Sommer für ihr Engagement meinen ausdrücklichen Dank ausgesprochen habe.

Lieber Christof Sommer, liebes Team der Geschäftsstelle, wir sind froh, dass es Sie gibt. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz und die überzeugende Vorbereitung dieses Kongresses unter sichtlich erschwerten Bedingungen.

Ich freue mich sehr, Ihnen nun ein Grußwort unseres geschäftsführenden Ministerpräsidenten ankündigen zu dürfen. Sicher gibt es viel Interessantes zu den Auswirkungen der Landtagswahl zu berichten.

Lieber Hendrik Wüst, Ihnen und uns allen wünsche ich anregende und informative Stunden in Düsseldorf. Die Bühne gehört Ihnen!